

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

„..., daß Auschwitz nicht noch einmal sei...“ von Wolfgang Neskovic

An diesem Sonntag, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, jährt sich zum 63. mal die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee.

Auschwitz wurde Synonym für das größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit. Der „industriellen“ Vernichtung von tausenden Menschen Tag für Tag, mit der Zielstellung der „Endlösung der Judenfrage“. Das unbeschreibliche Leid der Gefangenen, die ungezählten Toten und die wenigen für immer traumatisierten Überleben der Internierungslager sie alle dürfen nicht vergessen werden. Das bleibt die Aufgabe aller Demokraten auch im 21. Jahrhundert.

Mittlerweile gibt es kaum noch Zeitzeugen des Geschehenen und daher muss die Erinnerung an die nächsten Generationen weitergegeben werden. Vor diesem Hintergrund fand im Dezember vergangenen Jahres eine offene Gedenkstättenfahrt der Fachhochschule Lausitz in das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau statt. Sieben StudentInnen des Studienganges Sozialpädagogik nutzen diese

Gelegenheit zur persönlichen Weiterbildung und Geschichtsforschung. Ermöglicht wurde die Fahrt unter anderem durch finanzielle Unterstützung der Linksfraktion im Bundestag.

Die Dokumentation der Erlebnisse der StudentInnen mündete in eine erste Ausstellung. Anhand von Bildern, Filmbeiträgen und durch Erlebnisberichte vermitteln die angehenden Sozialpädagogen ein authentisches Bild von diesem Ort des Grauens. Durch geführte Gespräche mit Überlebenden werden die jungen Menschen selber zu Zeitzeugen und geben so den Toten wieder eine Stimme.

Noch bis Ende Februar kann die Ausstellung in den Räumen der Cottbuser Linkspartei besichtigt werden. Mein Dank gilt den StudentInnen der Fachhochschule, die das Projekt auch in diesem Jahr vorsetzen werden. DIE LINKE wird sie dabei gern weiter begleiten und unterstützen.



Themen dieser Ausgabe:

Gegen die Mehrheit der VerbraucherInnen Kirsten Tackmann	2
Kinderarmut steigt – Bundesregierung schweigt Diana Golze	2
Zwangsrente in Guts-herrenmanier Dagmar Enkelmann	3
Breitband für alle! Lothar Bisky	3
Anträge DIE LINKE. der Sitzungswoche	4
Pressemitteilungen und Reden der MdB's	5
Informationen + Termine der Fraktion DIE LINKE.	6

DIALOG
FÜR EIN BRANDENBURG
DER REGIONEN

Große Koalition handelt gegen die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher

von Kirsten Tackmann

Diese Woche ging ein zwei Jahre langer Streit um die Überarbeitung des Gentechnikgesetzes zu Ende. Freitagnachmittag wurde die „vierte Novelle des Gentechnikgesetzes“ unter Dach und Fach gebracht. Gefreut hat das eigentlich niemanden. Schwarz-gelb und deren Freunden aus der Agroindustrie ging die Verwässerung des Gesetzes nicht weit genug. Rosa-grün hätten am liebsten alles so gelassen, wie’s war. Und DIE LINKE wollte endlich einen wirksamen Schutz für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei. Das haben wir aber nicht bekommen. Sondern genau das Gegenteil!

DIE LINKE. im Bundestag steht auf der Seite der landwirtschaftlichen Betriebe und der Imkerei, die ohne

Agro- Gentechnik arbeiten wollen. Sie sind uns deutlich wichtiger als die internationalen Saatgutkonzerne. Darum haben wir auch einen Entschließungsantrag zu dieser Gesetzesänderung eingebracht, welcher wenigstens die größten Fehler des Gentechnikgesetzes ausgebügelt hätte. Aber natürlich gab es dafür keine Mehrheit.

Bereits das bestehende rosa-grüne Gesetz war kein wirksamer Schutz für die Gentechnikfreiheit. Die so genannte „Koexistenz“ – also das Nebeneinander von gentechnisch veränderten und ganz normalen Pflanzen – ist sowieso nur eine Illusion. Ein bisschen Agro-Gentechnik geht nicht. Wenn ihr der Riegel nicht vorgeschoben wird, dann wird es bald keine



gentechnikfreien Lebensmittel mehr geben.

Daran wird auch die neue „ohne Gentechnik“ - Kennzeichnung von Lebensmitteln wohl kaum etwas ändern können. Mit der Bezeichnung waren wir zwar nicht glücklich, aber trotzdem teilen wir das Anliegen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Geldbeutel an der Ladentheke sagen können: „**Wir wollen Euern Gentech-Mist nicht haben!**“

Kinderarmut steigt – Bundesregierung schweigt

von Diana Golze



Seit Jahren befindet sich die Zahl armer Kinder in Deutschland in einem stetigen traurigen Aufwärtstrend. Zurzeit sind mehr als 2,6 Millionen Kinder von Armut betroffen. Als arm gilt nach europäischer Definition, wem weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung steht. Wen wundert es, dass nach der armutserzeugenden und -verfestigenden Hartz IV-Gesetzgebung die Zahl armer Kinder sprunghaft angestiegen ist. DIE LINKE. hat bereits mehrere

Versuche unternommen, um an dieser dramatischen Situation der Kinder und ihrer Familien etwas zu ändern. Nicht zuletzt zur Armutsvermeidung fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn sowie die umgehende Anhebung der Hartz IV-Regelsätze. In dieser Plenarwoche hat die Linksfraktion erneut einen Antrag zur Erhöhung und Vereinfachung des Kinderzuschlags ins Parlament eingebracht. Diese Leistung war im Zusammenhang mit Hartz IV geschaffen worden, um zu verhindern, dass Eltern mit niedrigem Einkommen in Abhängigkeit von Hartz IV geraten. Die Antragstellung ist allerdings so kompliziert und der Berechtigtenkreis so eng begrenzt, dass nur knapp 2 von 10 Anträgen bewilligt wurden und der größte Teil der Antragsteller damit leer ausging. Bereits im Koali-

tionsvertrag hatte die schwarz-rote Koalition angekündigt, den Kinderzuschlag mit Wirkung zum 01.01.2006 (!) zu reformieren. Geschehen ist bisher nur eine Entfristung der Leistung für die wenigen Familien, die überhaupt bisher in deren Genuss gekommen sind. Schon 2006 wurde unser erster Änderungsantrag dazu abgelehnt. Ich befürchte, auch dieser erneute Versuch wird dasselbe Schicksal erleiden. All die vollmundigen Ankündigungen und Versprechungen der Kanzlerin und ihrer Familienministerin erweisen sich als leere Phrase. DIE LINKE. wird sich im Bundestag und überall weiter für die Interessen der Kinder stark machen.

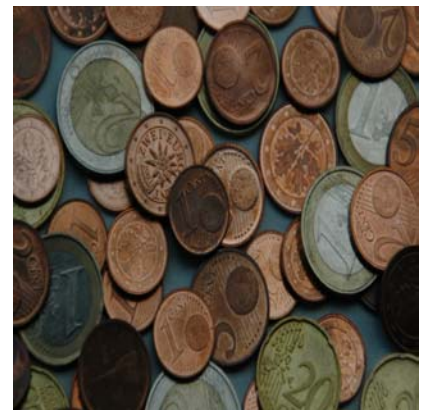
Zwangssrente in Gutsherrenmanier

von Dagmar Enkelmann

Nicht oft erlebt die LINKE bei einer Anhörung von Sachverständigen soviel Zustimmung. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) empfahl sogar, den Gesetzentwurf der LINKEN gegen die Zwangsverrentung ab 63 (Drs. 16/7459) anzunehmen – und den der Regierung abzulehnen. Denn dieser, so begründeten nicht nur das IAB, verschlechtere die Lage für ältere Erwerbslose. Die Frauen und Männer werden nicht nur mit Renten-Abschlägen von bis zu 7,2 Prozent, die bis ans Lebensende gelten, aufs Altenteil geschickt. Das kann bis auf 14,4 Prozent steigen, wenn die Rente ab 67 voll gilt. DIE LINKE war sich auch hier mit den Sachverständigen einig: Altersrente darf es erst dann geben, wenn für die Betroffenen keine Abschlüsse mehr drohen.



Als wäre der Rentenklau nicht genug, nimmt die Regierung den älteren Erwerbslosen auch noch jede Möglichkeit, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Die hehren Ziele der Regierung, die Beschäftigungschancen Älterer zu verbessern, erweisen sich einmal mehr als Seifenblase. Und damit das niemand merkt, werden Betroffene, wenn ihnen ein Jahr lang



keine Beschäftigung angeboten wird, aus der Arbeitslosenstatistik getilgt. Bei soviel Trickerei verwundert es am Ende schon gar nicht mehr, dass – allen Bedenken zum Trotz – Union und SPD in Gutsherrenmanier die Zwangsrente ab 63 am Freitag durch den Bundestag winkten.

Breitband für alle – Unternehmen in die Pflicht nehmen!

von Lothar Bisky



Der technische Fortschritt ist in Deutschland ungleich verteilt. Bürgerinnen und Bürger haben in vielen Gemeinden und Orten keine Chance, einen schnellen Internetzugang zu erhalten. Die Unternehmen weigern sich, die Netze weiter auszubauen und die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Der Zugang zum Breitband-Internet stellt aber keinen Selbstzweck dar, <http://www.dsl-fuer-dachwig.de/Positionspapier.pdf>

sondern ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für kulturelle und politische Teilhabe sowie für die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen. Da es der Bundesregierung bislang nicht gelungen ist, Millionen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit eines schnellen Internets zur Verfügung zu stellen, herrscht dringender Handlungsbedarf.

In einem Positionspapier hat die Fraktion DIE LINKE eine Bestandsaufnahme vorgenommen und die Ergebnisse der Diskussion dokumentiert. Neben der Analyse finden sich in dem Positionspapier unsere zentralen Forderungen zur Verbesserung der

Situation für die Nutzer und Nutzerinnen: Auf europäischer Ebene muss „Breitband-Internet“ endlich in die Universaldienstleistungsrichtlinie einbezogen werden. Daneben muss auch der deutsche Gesetzgeber die vorhandene Regelung zum Universaldienst im Telekommunikationsgesetz (TKG) auf breitbandiges Internet ausdehnen. Einen entsprechenden Antrag werden wir Anfang März im Deutschen Bundestag einreichen.

Anträge der LINKEN der Sitzungswoche:

„Kinderarmut bekämpfen – Kinderzuschlag ausbauen“

Drs. 16/6430 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7745661754_1606430.pdf

DIE LINKE macht konkrete Vorschläge für die Bekämpfung der Kinderarmut. Die vorgeschlagene Regelung bewirkt eine Vereinfachung der jetzt äußerst unpraktikablen Regelungen zum Kinderzuschlag in § 6a BKGG, die dazu führen, dass bisher über 80% der Anträge abgelehnt werden. Die Ausweitung des Kinderzuschlags ist ein erster Schritt hin zu einer bedarfsorientierten und armutsfesten Grundsicherung für Kinder.

„Wahlmanipulation wirksam verhindern“

Drs. 16/5810 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765679086_1605810.pdf

Wahlcomputer und Internetwahl ermöglichen die Manipulation von Wahlen. Eine allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl ist mit der Stimmabgabe per Wahlcomputer oder Internet nicht vereinbar. Deshalb haben Wahlcomputer und Internetwahl bei Parlamentswahlen nichts zu suchen.

Arbeit familienfreundlich gestalten- Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter lebbar machen“

Drs. 16/7482 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706651829_1607482.pdf

Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Eltern zu schaffen, muss sich die Arbeitswelt ändern. Der zeitlich allseits verfügbare und mobile Arbeitnehmer ohne Familienpflichten darf nicht länger Maßstab unternehmerischer Politik sein. Notwendig ist die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern (Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Überstunden).

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Sozialgesetzbuches (Rentenabschlagsverhinderungsgesetz)

Drs. 16/7459 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7716760389_1607459.pdf

Gesetzesinitiative zur Vermeidung einer zwangsweisen, abschlagsgeminderten Frühverrentung von Hartz IV Beziehenden (»Zwangsverrentung«). Damit wird eine von den Sachverständigen bevorzugte Alternative zu der unzureichenden Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur Abstimmung gestellt.

“ Beschäftigungssituation Älterer verbessern- Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente sozial gestalten“

Drs. 16/6929 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7700225287_1606929.pdf

Die Beschäftigungssituation Älterer ist immer noch schlecht, die Rente mit 67 daher falsch. Die Maßnahmen der Regierung zur Verbesserung sind unzureichend und es werden bewährte Instrumente zur flexiblen Gestaltung von Übergängen vom Erwerbsleben in die Rente abgewickelt. Der Antrag zielt darauf, Forderungen aus Gewerkschaften und Sozialverbänden in die Debatte zu bringen.

„Entschließungsantrag zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung (Novellierung des Gentechnikgesetzes)“

Drs. 16/6814 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7761778728_1607887.pdf

Das bestehende Gentechnikgesetz und die in der vierten Novelle geplanten Änderungen können die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei nicht schützen. Dafür gibt es unzählige Beispiele. In diesem EA werden von uns fünf Aspekte kritisch aufgegriffen, an welchen mindestens nachgebessert werden müsste: Begriffsdefinitionen, Forschungserleichterungen, Imkerei, Sicherheitsabstände, nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO) und deren Verwertung.

„ Für ein sofortiges Verbot von Streumunition“

Drs. 16/7767 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742650394_1607767.pdf

Der Einsatz von Streumunition in bewaffneten Auseinandersetzungen stellt eine nicht hinnehmbare Bedrohung für die Bevölkerung dar und verstößt gegen völkerrechtliche Konventionen. Nach wie vor wehrt sich die Bundesregierung im Interesse der Bundeswehr und der deutschen Rüstungsindustrie gegen ein absolutes Verbot von Streumunition. DIE LINKE fordert deswegen ein sofortiges und umfassendes Verbot sämtlicher militärischer und industrieller Aktivitäten in diesem Bereich in Deutschland.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.lothar-bisky.de>



- **Der Standort muss erhalten bleiben! DIE LINKE ist solidarisch mit der GMT Gaselan - Belegschaft!** <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1235521001>
- **Bewährtes Geflecht der bestehenden Domain-Adressen nicht mit Hauruck-Methoden zerstören** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1377691476>

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



- **AUDIO Statement zu- LINKE fordert Ausweitung und Erhöhung des Kinderzuschlags / Merkel hält Sonntagsreden** <http://medien.linksfraktion.net/audio/7726716297.mp3>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



- **Girokonto für jedermann** <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1273637180>
- **Zweiter Schritt vor dem Ersten!** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1348909689>
- **Kontrolle ist besser ...** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1349557820>
- **Nutzloses demokratisches Feigenblatt** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1335186961>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



- **Kürzung der Agrarsubventionen ist strukturpolitischer Unsinn** <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1247906878>
- **Bundesregierung steht vor dem Trümmerhaufen ihrer verfehlten Biokraftstoff- Politik** <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1238057461>
- **Verbraucherschutz vor Profitinteressen** <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1385602511>
- **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft überfällig!** <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1213230017>

Information der Landesgruppe:



Jugendwettbewerb „Zivilcourage vereint“ verlängert!!!!

Aufgrund der geänderten Ferienzeiten in diesem Jahr (z.B. Wegfall der Winterferien) verlängern die Bundestagsabgeordneten der Fraktion Die LINKE den Einsendeschluss des antifaschistischen Jugendwettbewerbs "Zivilcourage vereint". **Einsendeschluss** für die Beiträge ist nun der **16. März 2008**. Über die Preisträger entscheidet eine fachkundige Jury. Nähere Informationen finden Sie auf unserer Homepage unter www.zivilcourage-vereint.de.

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Informationen und Termine der Fraktion DIE LINKE.:

Aktuelle Stunde im Bundestag:



In einer Aktuellen Stunde fordert DIE LINKE. Auskunft über

Aufgaben von Kampftruppen der Bundeswehr in Afghanistan.

Gregor Gysi in der Aktuellen Stunde zu den Aufgaben von Bundeswehrkampftruppen als Quick Reaction Forces in Afghanistan:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1321608440>



DIE LINKE. beantragt die Ausweitung des Kinderzuschlages als einen ersten Schritt zur Überwindung von Kinderarmut.

Gregor Gysi in der Debatte über den Antrag der Fraktion:

"Kinderarmut bekämpfen - Kinderzuschlag ausbauen"

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1347229340>

Konferenzen und Anhörungen der Fraktion:

08.02.2008 bis 09.02.2008 in Erfurt:

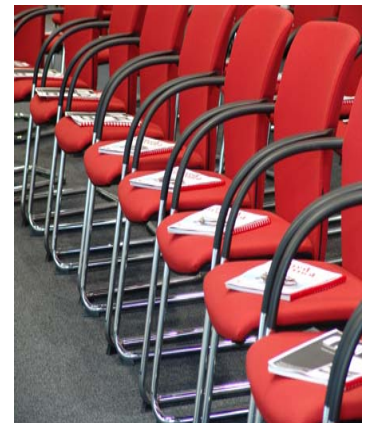
Kultur neu denken. DIE LINKE. redet über Gott

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1614700180

11.02.2008 in Berlin-Reichstagsgebäude

Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zum Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1624300621



Die letzte Chance! Ich nehm' **DIE LINKE.** **- auf der Internationalen **Grünen Woche** in Berlin:**



Die Internationale Grüne Woche wird **rot** nur noch **bis Sonntag!** Erstmals wird auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit einem eigenen Stand vertreten sein. Mit dem knallroten Stand will DIE LINKE. auf gesundes Essen, schöne Landschaft und gute Bezahlung aufmerksam machen. Dabei werden Gentechnik, Lohndumping und Umweltverschmutzung kritisch unter die Lupe genommen. Jeden Tag sind Abgeordnete vor Ort und stehen für Fragen der Besucherinnen und Besucher zur Verfügung. Welche Mitglieder der Fraktionen vor Ort wann anzutreffen sind, erfahren Sie hier:

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1626886614

Schauen Sie doch beim **roten Traktor vorbei !!!!**

Der Stand befindet sich nur noch **bis diesen Sonntag den 27.01.2008**

18:00 Uhr zwischen den **Hallen 6.2a (Bio-Halle) und 6.2b (Verbraucherschutzhalle).**